

MITTEILUNG

Die 44. Sitzung des Finanzausschusses
findet am Donnerstag, dem 8. November 2018, 13:00 Uhr,
in Schwerin, Schloss, **Plenarsaal** statt.

EINZIGER PUNKT DER TAGESORDNUNG

Durchführung einer öffentlichen Anhörung zum Antrag der Fraktion der BMV
Indexierung des Kindergeldes für im EU-Ausland lebende Kinder
- Drucksache 7/2151 -

hierzu: ADRs. 7/481

Dr. Gunter Jess
Vorsitzender

Sachverständigenkatalog

1. Bundesministerium der Finanzen
2. Prof. Dr. Christian Seiler, Juristische Fakultät der Eberhard-Karls-Universität Tübingen
3. Prof. Dr. Dr. h. c. Eberhard Eichendorfer i. R., Friedrich-Schiller-Universität
4. Prof. Dr. Franz C. Mayer, Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Europarecht, Völkerrecht, Rechtsvergleichung und Rechtspolitik der Universität Bielefeld
5. Prof. Dr. Karl-Jürgen Bieback, WiSo-Fakultät der Universität Hamburg

Fragenkatalog

1. Welche Gründe gibt es dafür, dass im deutschen Recht Familien mit Kindern finanzielle Förderung in steuerlicher Hinsicht und durch Zahlung von Kindergeld erhalten?
2. Gemäß Artikel 67 der VO 883/2004 haben auch Familienangehörige, die in einem anderen Mitgliedstaat wohnen, Anspruch auf Familienleistungen nach den Rechtsvorschriften des zuständigen Mitgliedstaates, „als ob“ die Familienangehörigen in diesem Mitgliedsstaat wohnen würden.

Stehen die europarechtlichen Grundlagen der Freizügigkeit einer Indexierung des Kindergeldes entgegen?
3. Wie bewerten Sie die europarechtliche Vereinbarkeit des vorgesehenen Abbaus des Ausgleichs der Lebenshaltungskosten?
4. Ist es europarechtlich unbedenklich, die Indexierung des Kindergelds an die Indexierung des Kindesunterhalts für im Ausland lebende unterhaltsberechtigter Kinder deutscher Staatsbürger zu koppeln?
5. Lässt sich rechtlich eine Indexierung des Kindergelds nur für Länder mit niedrigeren Lebenshaltungskosten umsetzen?
6. Lässt sich die geltende Regelung der Indexierung von Steuerfreibeträgen (für Steuerpflichtige die aufgrund eines höheren Einkommens den Kinderfreibetrag an Stelle des Kindergelds in Anspruch nehmen) – die europarechtskonform ist – in der vorliegenden Form und Höhe auf den Kindergeldbezug umsetzen?
7. Welche Folgen könnte eine Indexierung des Kindergeldes für im EU-Ausland lebende Kinder für die deutsche Wirtschaft haben?
8. Welche Folgen könnte die Indexierung des Kindergeldes für im EU-Ausland lebende Kinder für den Bundeshaushalt haben?
9. Wie viele Fälle gibt es deutschlandweit und in Mecklenburg-Vorpommern, bei denen Kindergeld nach EU-Recht oder aufgrund von Staatsverträgen ins Ausland überwiesen wird?
10. Wer hat Anspruch auf dieses Kindergeld nach EU-Recht und aufgrund von Staatsverträgen?
11. Wie läuft das Verfahren nach Antragstellung ab?
12. Wie wird die Anspruchsberechtigung geprüft und wie wird geprüft, ob in dem Wohnsitzland des Kindes bereits Leistungen gezahlt werden, die dem Kindergeld vergleichbar sind?

13. Nach welchen Kriterien (z.B.: Schulausbildung, Berufsausbildung, Studium, Arbeitslosigkeit, teilzeit- oder geringfügig beschäftigt, ohne Ausbildungsplatz, Freiwilliges Soziales oder Ökologisches Jahr, Freiwilligendienste, nach abgeschlossener Erstausbildung, mit Behinderung) erfolgt die Prüfung der Voraussetzungen für den Kindergeldbezug von Kindern im Alter von 18 Jahren bis zur Vollendung des 25. Jahres im EU-Ausland?
14. Erhält die Familienkasse zeitnahe Informationen über einen Wegzug von Kindern ins Ausland, für die Kindergeld gezahlt wird?
15. Erfolgt bereits eine tagesaktuelle automatische Übermittlung von Adressänderungen des Bundeszentralamtes für Steuern an die zuständige Familienkasse?
16. Wie bewerten Sie den Vorschlag des Nationalen Normenkontrollrats für eine Bürokratieentlastung in Form der Idee einer „automatischen Kindergeldgewährung“?
17. Welche verwaltungstechnischen Voraussetzungen müssten geschaffen werden, falls eine Indexierung des Kindergeldes eingeführt werden sollte?
18. Wie bewerten Sie das Problem von gezielter Migration in das deutsche Sozialsystem?
19. Welche Auswirkungen auf die Arbeitsmigration nach Mecklenburg-Vorpommern erwarten Sie im Falle einer Indexierung des Kindergelds?
20. Sind in der Vergangenheit Fälle von Scheinbeschäftigungen in Mecklenburg-Vorpommern aufgetreten und wie viele Fälle wurden davon strafrechtlich verfolgt?
21. Welche Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt in Mecklenburg-Vorpommern erwarten Sie im Falle einer Indexierung des Kindergelds?
22. Welche Branchen wären bei einer Indexierung des Kindergelds in Mecklenburg-Vorpommern insbesondere betroffen?
23. Wie viele Beschäftigte aus dem Ausland in Mecklenburg-Vorpommern wären von der Indexierung des Kindergeldes betroffen?
24. Gibt es ausländische Beschäftigte in Mecklenburg-Vorpommern mit Kindern, die kein Kindergeld erhalten?
25. Welche finanziellen Auswirkungen hätte die Indexierung des Kindergeldes für Mecklenburg-Vorpommern?
 - a) Wie groß ist der Anteil von Beschäftigten, die mit einer Minderung des Kindergeldes rechnen müssten, und aus welchen Ländern kommen diese?
 - b) Wie groß ist der Anteil von Beschäftigten, die mit einer Erhöhung des Kindergeldes rechnen könnten, und aus welchen Ländern kommen diese?

26. Welche Mehrkosten für die Verwaltung in Mecklenburg-Vorpommern sind bei Umsetzung und dauerhafter Realisierung einer Indexierung des Kindergeldes zu veranschlagen?
27. Nach welchen Kriterien werden die länderspezifischen Indizes für das Kindergeld ermittelt?
28. Wie oft werden die länderspezifischen Indizes für das Kindergeld angepasst?
29. Wie ist der aktuelle Stand der politischen Diskussion auf der Bundes- bzw. der europäischen Ebene?
30. Welche Bundesländer unterstützen eine Indexierung des Kindergeldes?
31. Welche Mitgliedstaaten der EU unterstützen eine Änderung der Rechtslage auf europäischer Ebene?
32. Welche Vorschläge zur Verhinderung des Sozialmissbrauchs beim Kindergeld werden über die mögliche Indexierung des Kindergeldes hinaus im Bundesrat bzw. auf Bundesebene diskutiert?
33. Wie will die Bundesregierung auf europäischer Ebene eine Mehrheit für eine Änderung der europäischen Rechtslage erreichen?
34. In welcher Höhe werden hierfür finanzielle Mittel im Rahmen der Haushaltsverhandlungen des nächsten MFR eingeplant bzw. wieviel Geld wird die Bundesregierung aufwenden, um eine Änderung der europäischen Rechtslage herbeizuführen?
35. Welcher finanzielle Betrag wird durch die Indexierung des Kindergeldes im Gegenzug eingespart?
36. Bestehen von Seiten der Arbeitgeberverbände Bedenken bezüglich der Einführung einer Indexierung des Kindergeldes?
37. Welche Fallkonstellationen von möglichen Missbrauchstatbeständen, wie zum Beispiel Missbrauch beim Kindergeldbezug; Melderechtsvergehen; Abtretung und Überweisung des Kindergeldes an gewerbliche Dritte im Ausland, sind Ihnen bekannt?
38. Welche Missbrauchstatbestände sollen mit der Indexierung des Kindergeldes bekämpft werden?
39. Wie hoch ist der finanzielle Schaden durch den Missbrauch mit Auslandsbezug?
40. Wie hat die Verwaltung bisher darauf reagiert?
41. Wie viele Steuerstrafverfahren wegen unrechtmäßigen Kindergeldbezuges mit Auslandsbezug wurden im Jahr 2017 auf Bundesebene und in Mecklenburg-Vorpommern eingeleitet?

42. Wie viele Bußgeldverfahren bzw. Steuerordnungswidrigkeitsverfahren wegen unrechtmäßigen Kindergeldbezuges im Zusammenhang mit Auslands-sachverhalten wurden im Jahr 2017 auf Bundesebene und in Mecklenburg-Vorpommern eingeleitet?
43. Wie hoch waren die Bußgelder?
44. Waren Familienkassen in Mecklenburg-Vorpommern hiervon betroffen?
45. Wo werden die entsprechenden Fälle bearbeitet?
46. Wird hierfür entsprechend qualifiziertes Personal eingesetzt?
47. Wie hoch ist der entstandene finanzielle Schaden?
48. Wieviel Kindergeld wurde zurückgefordert?
49. Wieviel des zurückgeforderten Kindergeldes wurde tatsächlich auch zurückgezahlt?
50. Was kann das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern bei der Bekämpfung des Sozialmissbrauchs in der Form des unrechtmäßigen Bezugs von Kindergeld tun?